



DEMOKRATIE ALS

Seit der Jahrtausendwende steht in den Debatten zu Bildung und Schule die internationale Schulleistungsstudie PISA im Zentrum. Dabei wird diese Studie meist weniger als Qualitätsindikator für eine lebenspraktisch bedeutsame schulische Bildung verstanden, sondern eher als Leistungstabelle im Sinne einer Rangordnung der Schulqualität und der zugehörigen Bildungspolitik in den Ländern – insbesondere auch den deutschen Bundesländern – gedeutet. Der gute Sinn der PISA-Studie wird damit allerdings erheblich verkehrt.

Wolfgang Beutel
ist Geschäftsführer
des Förderprogramms
Demokratisch Handeln e. V.

PISA bezieht sich auf ein handlungsbedeutsames Konzept von Bildung, das nachweisen soll, wie weit in den Schulen Wissen erworben wird, mit dessen Hilfe die Schülerinnen und Schüler in realen Situationen Probleme lösen und Herausforderungen bestehen können. Eine so verstandene Bildung hängt eng mit ihrem lebenspraktischen Nutzen zusammen. Insofern werden in den gegenwärtigen Schulleistungsuntersuchungen Basiskompetenzen erfasst, die dazu beitragen können, dass sich die Schülerinnen und Schüler in der Gesellschaft beteiligen. Bildung nach PISA zielt so gesehen direkt auf Partizipation, auf Teilnahme an den Entscheidungen und Entwicklungen in unserer demokratischen Gesellschaft. Mit einem so weit gefassten Verständnis von auf Basiskompetenzen beruhender Bildung ist zugleich angedeutet, dass ein entsprechendes Lernen im ursprünglichen Sinne der Bildungstheorie Mündigkeit und Handlungsbereitschaft meint und nicht materiales Wissen alleine. Schulen, die in der Kompetenzstärkung und Wissensaneignung bei den ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schülern auf eine solche Verbesserung der Basiskompetenzen zielen, leisten bereits einen Beitrag zur demokratischen Bildung. Schulen, die Lebenstauglichkeit und praktisches Lernen fördern, bieten ihrer Schülerschaft Basiskompetenzen dafür, kritische sowie mitgestaltende Bürgerinnen und Bürger zu werden. Gibt es aber über dieses strukturelle Grundelement von Bildung hinaus Basiskompetenzen für Demokratie, die im schulischen Lernen bedeutsam sind?

Demokratische Handlungskompetenz und die Kinderrechte

Für die Zukunft der Demokratie tragen Erziehungs- und Bildungseinrichtungen besondere Verantwortung. Denn in unserer modernen Gesellschaft durchlaufen alle Kinder und Jugendlichen einen tief prägen-

den, langen und zeitintensiven Lebensabschnitt idealiter unter den Geboten von Gerechtigkeit, Fairness und Gleichbehandlung: Kinder und Jugendliche sollen nicht zuletzt aufgrund dieser für alle gleichermaßen geltenden Bedingungen demokratische Basiskompetenzen erwerben. Indem sie Demokratie in der Schule sowohl erlernen als auch im Sinne eines lebensgestaltenden und alltagsprägenden Wertes erfahren, sollen sie einen demokratischen Habitus erwerben, der ihr Handeln auch nach der Schulzeit bestimmt.

Ein weiterer Grund ist für die bildungstheoretische Neubesinnung der Schule im PISA-Zeitalter bedeutsam: Die Kinderrechte und die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, die im November 1989 von der UN-Generalversammlung angenommen worden ist. Auch Deutschland hat die Kinderrechtskonvention unterzeichnet. In Jahr 2009 feiern wir also (nebst der Deutschen Einheit und dem Jubiläum „60 Jahre Grundgesetz“) auch den zwanzigsten Geburtstag dieses für die Pädagogik und die Schule sehr wichtigen Rechtskataloges. Für die Diskussion um Partizipation von Kindern ist dabei vor allem Artikel 12 entscheidend. Dort wird den Kindern zugesichert, ihre Meinung entsprechend ihres Reifegrades in allen sie betreffenden Angelegenheiten äußern zu können. Zudem verpflichten sich die Vertragsstaaten, den Willen der Kinder angemessen bei den sie betreffenden politischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Diese klare Forderung nach mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist allerdings – wie viele Konventionen der UN – juristisch nicht einklagbar. Deshalb bleibt ihre Auslegung weitgehend den Vertragsstaaten überlassen.

In der Perspektive einer Demokratiepädagogik, die auf Basiskompetenzen für den Erhalt der freiheitlichen und offenen Gesellschaft zielt, müssen Kinder und Jugendliche

BASISKOMPETENZ

In unserer Gesellschaft muss man mitmachen können

deshalb vielfältige Gelegenheiten erhalten und nutzen, um sich an der Gestaltung der Schule und des Gemeinwesens aktiv zu beteiligen und dabei ihre Kinderrechte gemäß dieser Konvention in Anspruch nehmen zu können.

Partizipation als Basiskompetenz der Demokratie

Dies kann dann in der schulischen Umsetzung doch sehr verschiedene Formen und Aspekte annehmen: Schülerstreitschlichter, Schüllerräte und Projekte, bei denen Schülerinnen und Schüler den Lern- und Lebensraum Schule selbst ausgestalten, gehören dazu. Das Engagement für die gemeinsamen Interessen, die Mitmenschen, die Schwächeren und Benachteiligten durch Gemeinwesenarbeit und Service-Learning sowie das Eintreten für friedliche und diskursive Lösungen in politischen Streitigkeiten ermöglichen ein demokratisches Lernen im Sinne schulischer Basiskompetenzen. Aber auch die Auseinandersetzung mit Themen und Aufgaben der demokratischen Öffentlichkeit im kommunalen Nahraum ebenso wie in der großen Politik können hierzu einen Beitrag leisten. Partizipation ist dann nicht nur der formale Akt der

Mitbestimmung nach geregelten Verfahren der Entscheidungsfindung (das gehört selbstverständlich auch dazu, ist aber nicht alles), sondern die grundlegende Teilnahme am öffentlichen Diskurs und an der Ausgestaltung von Lösungsstrategien für politische Aufgaben in der Demokratie. Denn auch Themen der großen Politik – wie Asylrecht, Rechtsradikalismus, Ökologie, Entwicklungspolitik u. v. m. – und der demokratischen Bürgergesellschaft selbst können in entwicklungsadäquaten Formen von Kindern und Jugendlichen bearbeitet werden.

Die jüngeren Diskussionen um die Demokratiepädagogik und eine Fülle von Schul- und Projektbeispiele für eine solches Lernen belegen es: Wenn eine Projektgruppe sich in ihrem Ort gegen Neonazismus engagiert ist das ein ebenso wichtiger Beitrag zur Partizipation als Basiskompetenz der Demokratie wie wenn die Kinder einer Grundschule gemeinsame Regeln für die gewaltfreie Lö-

sung von Konflikten entwickeln und selbstverantwortlich anwenden.

In PISA liegt also mehr als der systembezogene Vergleich der Leistungsfähigkeit von Schule. Dahinter verbirgt sich vielmehr die Hinwendung zu einer lebensauglichen Form des Lernens – demokratische Basiskompetenzen gehören substanzial dazu!

